

“we did not struggle to remain poor” (Smuts Ngonyama, ANC)

1652 gründete Jan van Riebeck an der Südspitze Afrikas einen Versorgungszentrum der *Holländischen Ost-Indien-Kompanie*. Die verschiedenen Völker der Khoikhoi und San, die die Siedler („Buren“) vorfanden, wurden verdrängt, versklavt, umgebracht oder vermischten sich mit den Europäern. Bantuvölker aus dem Norden erreichten Anfang des 18. Jahrhunderts die nördlichen Landesteile des heutigen Staates.

1806 wurde das Gebiet am Kap britische Kolonie; 1845 erklärten die Briten Natal zur Kronkolonie. Die britische Kolonisierung löste eine Abwanderung der Buren (der „grosse Trek“) ins Landesinnere aus. Das Zusammentreffen der nach dem Süden ziehenden Bantu mit den Siedlern führte zu Konflikten, an denen beiderseits Bauern und Viehzüchter auf der Suche nach neuen Lebensräumen beteiligt waren. Beide Seiten handelten als Pioniere, Räuber und Viehdiebe, doch mit fortschreitender Zeit gewannen die weißen Siedler die Oberhand.

In den 1870er Jahren bestanden mehrere Staaten in Südafrika: die Kapprovins und Natal – an Natal wurde 1879 auch Zululand angegliedert – als englische Kolonien, die zukünftigen britischen Protektorate Basutholand, Swasiland und Bechuanaland, sowie die Burenstaaten Transvaal und Oranje-Freistaat.

Die Entwicklung einer durch Agrarproduktion dominierten Wirtschaft, in der europäische Siedler und afrikanische Bauern und Viehzüchter im Wettbewerb zueinander standen, wurde durch die ersten Diamantentufte unterbrochen. 1871 hatten die Diamantentufte bereits eine Bevölkerung von nahezu 75.000. 1886 wurden die Goldlagerstätten im Witwatersrand-Becken entdeckt. Südafrika wurde zum Ziel umfangreicher, vor allem britischer, Investitionen, die in den Bergbau und in den Ausbau der Eisenbahnen flossen.

Die Investitionen in Transvaal gaben den letzten Anstoß für den zweiten, diesmal erfolgreichen, Versuch der Briten, die Republiken der Buren zu besetzen: der Zweite Burenkrieg 1899-1902 wurde von Seiten der Briten besonders brutal geführt – Niederbrennen von Dörfern und Farmen sowie die Einrichtung von Konzentrationslagern -, und endete letztlich mit der Erneuerung einer kolonialen Gesellschaft, in der die Buren die Politik bestimmten, die Briten die Verfügung über die Wirtschaft hatten und die Afrikaner_innen enteignet und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet wurden.

1910 schlossen sich die britischen Kolonien Kap und Natal sowie die ehemals europäischen Republiken Oranje (Freistaat) und Transvaal zur Südafrikanischen Union zusammen. 1931 wurden daraus ein souveräner Staat im Rahmen des Empire und 1961 schließlich die „Republik Südafrika“. 1911 hatte der neue Staat eine Gesamtbevölkerung von knapp 6 Millionen: über 4 Millionen Afrikaner, 1,1 Millionen Weiße, 445.000 *Coloureds* und 122.000 *Asians*.

Welche Rolle die Buren in der Politik des Landes spielten, zeigt die Liste der Regierungschefs: bis nach dem Zweiten Weltkrieg waren es Generäle aus dem Burenkrieg, Louis Botha, Jan Smuts und James Hertzog. Ralph Horwitz (1967) schrieb dementsprechend: *“In Südafrika waren in der Praxis zwar nicht alle Farmer Politiker, aber von allem Anfang an waren nahezu alle Politiker Farmer.”*

Südafrikas Bodenschätze, von grosser Vielfalt, hoher Qualität und bedeutendem Umfang, machten das Land zu einem der reichsten der Welt. Der Bergbau löste die Agrarproduktion als wichtigsten Wirtschaftszweig ab, doch blieb die Landwirtschaft weiterhin von Bedeutung. Die Nachfrage nach Arbeitskräften liess die britische Kolonialverwaltung bzw. die privaten Rekrutierungsgesellschaften über die Grenzen Südafrikas hinaus Vorsorge treffen, dass genügend Menschen als Wanderarbeiter zur Verfügung standen. Steuern, Zwangsrekrutierung und

Beschränkung der Produktion von *cash crops* durch Afrikaner waren auf die Schaffung von billiger Arbeitskraft gerichtet. Die Arbeitsmigration wurde zum dominierenden Phänomen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der „schwarzen“ Bevölkerung im südlichen Afrika.

Wie die Minenindustrie Anfang des 20. Jahrhunderts die Landwirtschaft als dominierenden Wirtschaftszweig abgelöst hatte, so übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg die verarbeitende Industrie die Spitzenposition. Das verstärkte zwar die Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft, änderte jedoch kaum die Benachteiligung von schwarzen Arbeitern.

Die Identifikation sozialer Gruppen als Rassen und weiter als „Stämme“ ermöglichte es dem Kapital, eine soziale und politische Auseinandersetzung mit dem weissen Proletariat zu vermeiden; Apartheidgesetze dienen der Privilegierung weisser Unterschichten, der Ausgrenzung „nicht-weisser“ Bevölkerungsteile und der Schaffung billiger Arbeitskraft. Wesentlich für den Charakter des Apartheidstaates war einerseits der Rassismus als ideologische Grundlage, andererseits die Form des „Rechtsstaates“ als Instrument der Durchführung.

Die Gesetze, mit denen die weisse Minderheit ihre Position sichern wollte, betrafen vier Bereiche – Wohnen bzw. Landbesitz, Arbeit, politische Tätigkeit und persönliche Freiheit. Sie fanden ihre perfektteste Formulierung in den Massnahmen der Regierungen ab 1948.

1913 hatte der *Native Land Act* der schwarzen Bevölkerung 7,3% des südafrikanischen Gebiets als Reservate zugesprochen und der weissen Minderheit mehr als 90% des Landes; das änderte sich in der Folge nur geringfügig zu Gunsten der nicht-weissen Südafrikaner_innen. Arbeitsgesetze legten verschiedene Lohnskalen nach rassistischen Kriterien fest und reservierten bestimmte berufliche Tätigkeiten für Weisse. Passgesetze beschränkten individuelle Freiheit und Niederlassungsrechte.

Zwar hatten Vertreter der afrikanischen Bildungselite bereits 1912 eine Partei gegründet (ANC, *African National Congress*), doch kam es erst nach dem Wahlsieg der burischen Nationalpartei 1948 zu Widerstand und Protesten der „nicht-weissen“ Bevölkerung gegen die Unterdrückungsmassnahmen und die getrennte Entwicklung. Das Massaker von Sharpeville 1960, als die Polizei 69 Menschen, die gegen die Passgesetze demonstrierten, niederschoss, und das Verbot politischer Organisationen der nicht-weissen Bevölkerung, markierten den Beginn einer Periode der verschärften Apartheid in Gesellschaft und Wirtschaft. Das betraf sowohl die Schikanen der „*petty apartheid*“ (getrennte Transportmittel, Eingänge oder Parkbänke u.a.) wie die Einrichtung von Pseudostaaten („Bantustans“) im Rahmen der Makroapartheid. 74% der Bevölkerung Südafrikas hätten nach Vorstellung der weissen Planer in den „homelands“ auf ca 16% des Landes ihre „nationale“ Heimat finden sollen.

Ein zweiter Wendepunkt war das Wiederaufflammen von Protesten in den 1970er Jahren, die von Demonstrationen schwarzer Schüler und Studenten in Soweto, einem *township* von Johannesburg, ihren Ausgang nahmen.

In den 1970er Jahren verschärfte sich die internationale Kritik am Apartheidstaat. Mit UN-Sanktionen, Handelsembargos und Boykotten versuchte die internationale Gemeinschaft ein Ende der Apartheid herbeizuzwingen. Der Umfang und die Zahl der Resolutionen und Diskussionen kontrastierten scharf mit der Unwirksamkeit ihrer Verwirklichung. Die Regierung verfolgte ihre Gegner im Exil mit brutaler Gewalt und mischte sich in Konflikte in Nachbarstaaten, wie etwa Angola. Langfristig konnte sich die weisse Minderheit – ihr Anteil an der Bevölkerung war von 20% auf 16% gesunken - gegenüber der aufbegehrenden Mehrheit allein mit Gewalt nicht durchsetzen. So kam es zur Entwicklung eines Modells der „multirassistischen

Kooptation“, das seine Formulierung in der Verfassung von 1983/84 fand. Sie sah eine getrennte parlamentarische Vertretungen für Weisse, *Coloureds* und Inder im Verhältnis 4:2:1 vor. Das Parlament bestand aus drei, getrennt tagenden, Häusern, wobei insgesamt die weissen Vertreter eine deutliche Mehrheit hatten.

Die Verschärfung internationaler Sanktionsmassnahmen in Verbindung mit der Weltwirtschaftsentwicklung führte zu Problemen und zur deutlichen Abwertung des Rand. Die Homelandpolitik kam zum Stillstand. Die Regierung versuchte inkriminierte Gesetze abzuschaffen, schuf aber gleichzeitig durch Ausnahme Gesetze rechtliche Grundlagen für eine Fortsetzung der alten Polizeikontrolle.

So erfolgreich die Regierung Botha bei der Einschüchterung und Destabilisierung von Nachbarstaaten war, so wenig gelang es ihr, den Widerstand im eigenen Land zu unterdrücken. Dazu kamen Skandale (Korruption, „*Muldergate*“), in die Mitglieder der Regierung verwickelt waren. Botha musste Anfang 1989 als Parteichef zurücktreten und wurde im August durch Frederick Willem de Klerk als Staatschef ersetzt.

In rascher Folge kam es dann zur Öffnung: de Klerk liess im Februar 1990 Nelson Mandela frei. Die Liberalisierung umfasste sowohl Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen der Opposition wie die Zulassung der verbotenen Parteien, allen voran des ANC. 1993 einigte sich die Mehrparteienkonferenz auf eine Übergangsverfassung und demokratische Neuwahlen. Ende April 1994 wählten über 23 Millionen Südafrikaner ohne Diskriminierung, in unerwarteter Ruhe und kontrolliert von einem grossen Aufgebot internationaler Wahlbeobachter, ein neues Parlament sowie Abgeordnete in die Volksvertretungen der 9 Provinzen.

Hatte der ANC ursprünglich auf eine Politik der Nationalisierung grosser Teile der Wirtschaft gesetzt, so musste Mandela bald eine liberale Marktwirtschaft akzeptieren, um Investitionen zu sichern und ein allzu heftiges Abfliessen von Kapital zu verhindern. Auch wenn einem kleinen Teil der nicht-weissen Elite der politische Aufstieg auch wirtschaftlichen Nutzen brachte, verschärfte sich in der Folge die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit deutlich.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief Anfangs keineswegs so gut, wie es optimistische Schätzungen vorausgerechnet hatten, doch die Aufschliessung neuer Bodenschätze (Erdgas, Platin, Palladium) und die Nachfrage nach Chrom (Südafrika verfügt über 68% der bekannten Weltvorkommen von Chromerz) sowie die ab 2002 auch wieder steigenden Goldpreise verhalfen Südafrika zu besseren Resultaten. Privatisierung, Reduktion der Inflation und Senkung des Budgetdefizits waren zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik; die Landreform kam nicht voran, ebenso konnte nicht wie versprochen genügend Wohnraum für die arme Bevölkerung geschaffen werden.

Die verschiedenen Wirtschaftspläne, darunter *Black Economic Empowerment*, brachten keine Besserung der Lage der breiten Bevölkerung. Über 55% der Menschen lebten in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts mit einem Einkommen geringer als die nationale Armutsgrenze und in der zweiten Dekade verschlechterte sich die Lage weiter. „*Südafrika ist weltweit eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit (Gini index bei 63 in 2014/15). Die Ungleichheit hat sich seit 1994 deutlich vergrössert.*“ ([https://databankfiles.worldbank.org > data > poverty](https://databankfiles.worldbank.org/data/poverty)) Nach Schätzungen der Gewerkschaft COSATU waren trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung in der ersten Dekade rund 40% arbeitslos. Die Spannungen zwischen der rassistisch heterogenen Mittelklasse und den vor allem schwarzen Armen nahm ständig zu. 2012 schossen Polizisten in Marikana auf streikende Bergleute der Platinminen und töteten 34. So wiederholte sich, unter anderen Umständen, das Massaker von Sharpeville.

Auf Nelson Mandela war sein Vize Thabo Mbeki gefolgt, der vor Ende seiner zweiten Amtszeit von seinem Vize Jacob Zuma gestürzt wurde. Ab 1998, und verstärkt nachdem Zuma die Macht übernommen hatte, verstärkten sich die Proteste der Zivilgesellschaft. Sie waren zumeist unorganisiert, spontan und verbunden mit Gewalt. Ausgelöst wurden sie durch Ineffizienz lokaler Behörden, Korruption und Streit innerhalb des ANC. *„Südafrika ist ein Land der Proteste. Jeden Tag erwachen Millionen Südafrikaner_innen in einem Land, das sie als grundlegend ungerecht empfinden,“* schrieb Marin Bekker 2022 im *Review of African Political Economy*. *„Eine Rebellion der Armen in der globalen Hauptstadt der Proteste. Eine gewaltbetonte Gesellschaft, in der die Gewalt seit 2000 immer mehr zunimmt.“* 2018 gab es erneut eine „Palastrevolte“. Jacob Zuma, der aufgrund seines Verhaltens als Staatschef untragbar geworden war, musste seine Position an Vizepräsident Cyril Ramaphosa abgeben. Auch er geriet bald in Korruptionsverdacht : Jeder der Staatschefs nach Mandela nützte sein Amt zum eigenen Vorteil, fand jedoch keine wirksame Lösung für die wirtschaftlichen und sozialen Misere Südafrikas, die seine Bürger_innen immer heftiger heimsuchen.